

sätzlich aufgenommen werden, wenn das derzeitige Chaos von Raumverteilung und Stundenplanung beseitigt würde.

Demgegenüber geben CDU-Piazolo und SPD-Schnoor zu, daß ihre eigenen Kapazitätsberechnungen am Ende möglicherweise keinen einzigen zusätzlichen Studienplatz bringen (siehe Interview Seite 49).

Die heimliche Hoffnung der ratlosen Kultusminister ist es, daß die Abiturienten selbst das Problem entschärfen. Ihr Kalkül, das sie allerdings — wenn überhaupt — nur unter vier Augen offenlegen: Je schlechter die Studienaussichten werden, desto mehr Abiturien-

ten werden resignieren und von sich aus auf ein Studium verzichten.

Aber dafür gibt es bislang kaum Anzeichen. Es mag sein, daß der Andrang für das eine oder andere Fach nachläßt, aber insgesamt wird er sich kaum vermindern. Er hat sogar noch immer zunehmende Tendenz. Die stärksten Jahrgänge kommen erst noch (siehe Graphik Seite 41).

Der Bildungsboom, der vor rund zehn Jahren einsetzte, hat die Schülerzahlen der Gymnasien auf das Doppelte emporschnellen lassen: 1,6 Millionen sind es zur Zeit. Es werden nicht nur mehr Schüler als früher aus den Grundschulen in die Sexten aufgenommen. Es bleiben auch weit weniger

Oberschüler sitzen, und es gehen nicht mehr so viele vor dem Abitur ab.

Die Bildungswelle blieb nicht auf die Oberschulen beschränkt. Früher hatten neun von zehn Studienanfängern das Abitur an einem Gymnasium gemacht, heute sind es nur noch zwei von drei. Das andere Drittel erwirbt die Hochschulreife auf dem Zweiten Bildungsweg oder an den Fachhochschulen.

Daß sich so viele junge Deutsche akademische Lehren und Ehren aneignen wollen, haben die Kultusminister jahrelang nicht nur geduldet, sondern intensiv gefördert. Einige Wege sind sogar erst in den letzten Jahren eröffnet worden.

Zu denen, die das nicht mehr wahrhaben wollen, gehört Baden-Württembergs Kultusminister Wilhelm Hahn, im Amt seit 1964. Er tut so, als sei er nicht dagegewesen, und erklärt die „Abiturientenschwemme“ zu „einer der schwersten gesellschaftspolitischen Fehlentwicklungen aufgrund falscher Versprechungen und Maßnahmen“.

Und ausgerechnet Franz Josef Strauß fordert im Jahre 1975 den „Verzicht auf die Ideologie, daß der Mensch erst beim Abiturienten beginne“ — jener Strauß, dem im Juni 1963 ein Mensch ohne Abitur nicht mal eine Antwort auf kritische Fragen wert war. Strauß seinerzeit zu Polit-Studenten in Regensburg: „Sagen Sie mal, haben Sie überhaupt das Abitur?“ Und: „Ich will wissen, ob Sie das Abitur haben.“ Und: „Haben Sie das Abitur?“

Nicht die „heutigen Bonner Regierungsparteien“ allein waren es (wie Strauß behauptet), die vor zehn Jahren nach mehr Abiturienten riefen. Diese Forderung, zuerst von dem Religionsphilosophen Georg Picht aufgestellt, wurde auch von allen führenden CDU-Kulturpolitikern einschließlich Hahn übernommen.

Es war auch gar keine Fehlentwicklung, als sich im vergangenen Jahr-

## In Holland werden Plätze verlost

Der Numerus clausus in europäischen Ländern

Der Numerus clausus ist ein Weltproblem. Es gibt kaum ein großes Industrieland, das seiner Jugend auch nur annähernd so viele Studienplätze bieten kann, wie sie verlangt.

Die Kriterien, nach denen die Bewerber ausgesucht werden, sind allerdings unterschiedlich. Das zeigt die bislang einzige fundierte einschlägige Untersuchung. Sie wurde im Auftrag des Bonner Wissenschaftsministeriums von dem Kölner Wema-Institut durchgeführt und 1974 veröffentlicht.

Das Wema-Team stieß auf „vielfältige Schwierigkeiten“. Die Bildungssysteme sind so unterschiedlich, daß Vergleiche kaum möglich sind. Überdies wurden fast überall Reformen beschlossen oder schon begonnen, so daß auch die Wema-Studie nicht mehr als eine Momentaufnahme ist.

Am starren sind die Regeln in östlichen Ländern. In der DDR berechtigt ein erfolgreicher Schulabschluß nur dazu, sich um einen Studienplatz zu bewerben. Vorrangig ist die soziale Auswahl, Arbeiterkinder haben weit größere Chancen als Söhne von Angestellten oder Intellektuellen. Förderlich sind Gutachten der Schule, des Betriebes oder der Volksarmee.

Auch in der Sowjet-Union ist das Gutachten der Schule, unterzeichnet vom Direktor und dem Komso-mol-Funktionär, von Bedeutung. Mancher wird gar nicht zur (obligatorischen) Eingangsprüfung an der Hochschule zugelassen, wenn dieser Begleitbrief nicht positiv genug ausfällt. Die Prüfung erstreckt sich zu-meist auf vier Fächer. Durchschnittlich wird nur jeder dritte Bewerber zugelassen, an Kunsthochschulen ist das Verhältnis sogar 40:1.

Das Abschlußzeugnis eines holländischen Gymnasiums berechtigt zum Studium, aber ähnlich wie in der Bundesrepublik wird die Wirklichkeit diesem Anspruch nicht gerecht. Für Fächer mit Numerus clausus wird ein Teil der Plätze nach den Durchschnittsnoten vergeben, ein anderer Teil ausgelost.

Die Hochschulen in England legen die Aufnahmebedingungen selbst fest, allerdings für das ganze Land einheitlich. Ausgenommen sind nur Oxford und Cambridge, die noch stärker selektieren. Im allgemeinen werden Kenntnisse in fünf Fächern geprüft. Einen Platz für das Fach Medizin erhält nur jeder dritte Bewerber; Ingenieur oder Geisteswissenschaftler wird nur jeder zweite, der einen entsprechenden Platz begehrt.

In Frankreich genügt für die Zulassung an den privaten und staatlichen „grandes écoles“ das „baccalauréat“ nicht, das dem deutschen Abitur vergleichbar ist. Eine Eingangsprüfung ist obligatorisch, sie ist nicht standardisiert, sondern differiert je nach Hochschule. Junge Franzosen bewerben sich nicht selten an fünf, sechs oder zehn verschiedenen Hochschulen zugleich. Die Anforderungen sind so hoch, daß viele auch nach dem Schulabschluß auf dem Gymnasium bleiben und zwei Jahre lang an Vorbereitungskursen teilnehmen.

Als Modell für die Bundesrepublik ist keines dieser Verfahren im Gespräch. Die „Arbeitsgruppe“, die im Auftrage der Kultusministerkonferenz Vorschläge für die Reform des Hochschulzugangs ausarbeitete, erklärte Schulgutachten, Hochschuleingangsprüfung und Auslosung von Studienplätzen „für besonders ungeeignet und einer weiteren Prüfung nicht für bedürftig“.

